

## Wer ist das Brühler Bürgerbündnis gegen Freihandelsabkommen?



Das Bündnis gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA ist ein Zusammenschluss von engagierten Bürgern aus Brühl und dem Rhein-Erft-Kreis und Organisationen wie Attac Brühl, dem BUND und Mehr Demokratie. Die Linke und die Piraten unterstützen es.

Unser Bündnis will die Öffentlichkeit informieren und Druck auf die politischen Entscheidungsinstanzen ausüben, um die Ratifizierung der Abkommen in den bisher bekannt gewordenen Versionen zu verhindern.

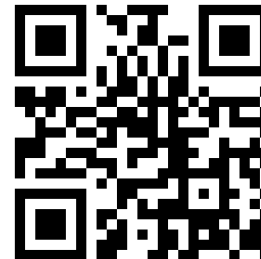
## Wie kann ich mich beteiligen?

Wir treffen uns jeden dritten Freitag im Monat in offener Runde. Ort und genaue Zeit stehen jeweils auf der Webseite und im Mailverteiler. Zu den Treffen und zu aktiven Mitarbeit ist jeder herzlich eingeladen.



Weitere Infos:  
[www.BrBgf.de](http://www.BrBgf.de)

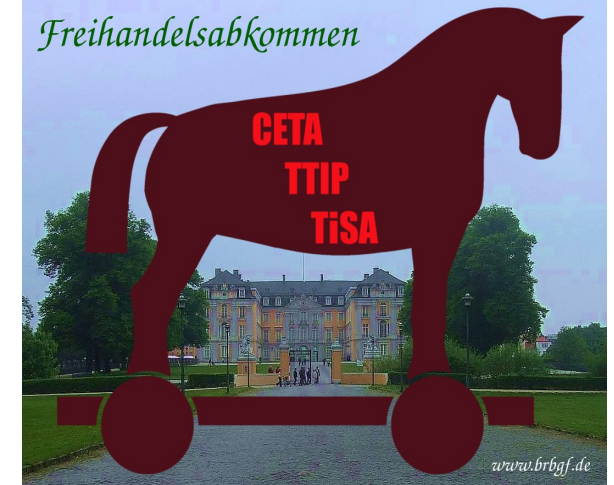
Email-Kontakt:  
[BrBgf@web.de](mailto:BrBgf@web.de)



V.i.S.d.P: Nicole Wilhelmi, Gottfried-Keller-Str. 14, 50321 Brühl

## Brühler Bürgerbündnis gegen Freihandelsabkommen

*Brühler Bürgerbündnis gegen Freihandelsabkommen*



## **Was sind CETA, TTIP und TiSA?**

Freihandelsabkommen sollen den Handel zwischen zwei oder mehreren Ländern erleichtern. Die zur Zeit verhandelten Abkommen CETA (mit Kanada), TTIP (mit USA) und TiSA (mit mehr als 20 Partnern) haben allerdings viel weitreichendere Konsequenzen, da sie alle Bereiche des täglichen Lebens, des politischen und kommunalen Handelns betreffen.

Die Abkommen zielen auf die gegenseitige Anerkennung aller spezifizierten Standards ab. Damit ist aber absehbar, dass im internationalen Wettbewerb immer die jeweils niedrigsten Standards zum Tragen kommen. Das trifft dann:

- Arbeitsrecht,
- Umwelt
- Sicherheit
- Sozialstandards,
- Finanzsicherheit
- kommunale Interessen

Mit Negativlisten werden zwar einzelne Produkte und Dienstleistungen aus den Abkommen herausgehalten, für alles, was aber nicht in den Listen auftaucht, weil es sich z.B. erst entwickelt, muss aber die Anerkennung des geringstmöglichen Standards gewährleistet bleiben.

Damit demokratisch gewählte Parlamente keine Einschränkungen implementieren, wird eine „regulatorische Kooperation“ festgeschrieben, d.h. alle Gesetzesinitiativen, die gegen Handelsinteressen verstoßen könnten, müssen erst den Lobbygruppen der Gegenseite zur „Kommentierung“ vorgelegt werden.

Falls doch einmal kommunale oder staatliche Entscheidungen Unternehmensinteressen widersprechen, implementieren die Abkommen private Schiedsgerichte, vor denen die Unternehmen die Staaten verklagen können. Das Schadensersatzrisiko droht mit jeder staatlichen oder kommunalen Entscheidung.

## **Was bedeuten die Abkommen für Brühl?**

Auch Brühl wird massiv betroffen. Die Abkommen werden kommunale Selbstverwaltung und öffentliche Daseinsvorsorge unumkehrbar einschränken. Daseinsvorsorge umfasst alle wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Dienstleistungen der Stadt für ihre Bürger. Das sind

- Stadtwerke mit dem Karlsbad,
- Öffentlicher Nahverkehr,
- Stadtbücherei,
- Musikschule

und Unterstützung für

- Kindertagesstätten und Schulen,
- Marienkrankenhaus,
- Brühler Museen.

Mit den Abkommen werden privatwirtschaftliche Interessen über kommunale Bedürfnisse gestellt. Bürger und Stadtrat werden in Prozessen vor privaten, nicht verfassungsgebundenen Schiedsgerichten machtlos sein.